

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 05.07.2018

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 05.07.2018
Beginn:	18:50 Uhr
Ende	21:11 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul bis 19.20 Uhr, Ziffer 1

Stadträtin Astrid Glos

Stadträtin Elvira Kahnt

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

bis 19.40 Uhr, Ziffer 2

fraktionslos

Stadträtin Andrea Schmidt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stabsstelle Claudia Biebl

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Frau Falkenstein M.A, Leitung Museum

Ziffer 1

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

SPD-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Klaus Heisel

KIK-Stadtratsfraktion

Stadträtin Jutta Wallrapp

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

- 1. Städtisches Museum;
hier: Grundsatzbeschluss zum künftigen Betrieb auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: 2018/168**

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag Nr. 2018/168 und stellt dar, dass dies das Ergebnis der vorherigen Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss sei.

Stadtrat Marstaller als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses verweist auf die dort einvernehmliche Abstimmung mit Herrn Hartner und Frau Falkenstein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Dr. Endres-Paul, Kulturreferentin, verweist auf ihre nichtöffentliche Stellungnahme und bittet um eine vorherige Stellungnahme von der Leiterin des städtischen Museums, Frau Falkenstein.

Frau Falkenstein M.A. stellt dar, dass der Vorschlag hinsichtlich der Schließung nicht von ihrer Seite kam und sie bislang keine Gründe genannt bekommen habe, weshalb die Schließung notwendig sei. Sie gibt zu bedenken, dass die Feststellung einer Neukonzeption von einer entsprechenden fachlichen Stelle empfohlen werden sollte und dies nicht alleine die Auffassung des politischen Gremiums sein könne. Sie gibt zu bedenken, dass das Museum sowie die gegenwärtigen Konzeption seinerzeit mit erheblichen Fördermitteln errichtet wurden.

Sie verweist auf ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem materiellen Erbe der Stadt, welches für Schulen und Studierende als Forschungsgrundlage diene. Sie gibt zu bedenken, was sie während der Schließung mit diesen Gruppen machen solle. Sie empfiehlt dem Gremium, den Beschluss auf Schließung sowie Neukonzeption erstmals auszusetzen und möchte das Gremium zu einem Ortstermin einladen, wo sich die Stadträte ein Bild machen können. Die Feststellung, ob eine Neukonzeption notwendig sei, sollte dann von Fachleuten getroffen werden. Zumal gegenwärtig ihr die Koordinaten bzw. die Rahmenbedingungen nicht bekannt seien.

Stadtrat Marstaller wundert sich über die Ausführungen von Frau Falkenstein, die entgegengesetzt zu den Aussagen im Rechnungsprüfungsausschuss waren.

Aus der Mitte des Gremiums kommt die Frage auf, ob es nach diesem Statement noch sinnvoll sei, die Beratung in der heutigen Sitzung vorzuführen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es um die Abarbeitung der Prüfungsziffer gehe, was er in dieser Sitzung auch erledigen möchte.

Auf die Anmerkung von Stadtrat Marstaller stellt Frau Falkenstein dar, dass sie dem Beschluss nicht widerspreche, sondern lediglich empfohlen habe, die Notwendigkeit einer Neukonzeption durch Fachleute feststellen zu lassen, da sie letztlich nicht dafür verantwortlich sein möchte, wenn die Stadt regresspflichtig gemacht werden würde. Darüber hinaus sehe sie die temporäre Schließung problematisch an.

Oberbürgermeister Müller fordert Frau Falkenstein auf, derartige Behauptungen zu unterlassen.

Bei den folgenden Wortmeldungen sieht die Mehrheit des Gremiums eine klare Notwendigkeit in der Neukonzeption des Museums, so dass dieses in Zukunft seine Besucherzahlen steigern könne. Frau Falkenstein sollte insbesondere die Schließung als Chance sehen, sich über die Abläufe und Strukturen losgelöst vom Tagesgeschäft Gedanken machen zu können. Die Auffassung von Frau Falkenstein, Studenten oder Schülergruppen während der Schließung im Museum nicht begleiten zu können, könne man nicht nachvollziehen.

Stadtrat Marstaller als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses stellt abschließend fest, dass es in der heutigen Sitzung um das Abarbeiten der Prüfungsfeststellung gehe.

beschlossen

dafür 24 dagegen 3

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/168 wird Kenntnis genommen.
2. Das Museum wird ab September 2018 (aufgrund einer noch geplanten Ausstellung im August) bis Ende Januar 2019 der Öffentlichkeit unzugänglich gemacht.
3. Die Museumsleitung wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2018 dem Stadtrat einen Grundsatzbeschluss vorzulegen der mindestens folgendes beinhaltet:
 - Neukonzeption mit Einbeziehung von Fachstellen (z.B. Bezirk) entwickeln und Alternativen (z.B. virtuelles Museum) aufzeigen
 - Umgang mit Leihgaben und Schenkungen (Entscheidung des Stadtrates)
 - keine Dauerleihgaben annehmen
 - Dauerleihgaben zurückgeben.
 - Aktualisierung der Inventardatenbank (zeitliche Vorgabe)
 - Museumssatzung im Entwurf vorlegen
 - Personelles Konzept entwickeln
 - Öffnungszeiten
 - Notwendigkeit eines Budgets (Abwicklung über die HHST)
4. Nach Vorlage des Grundsatzbeschluss-Entwurfes durch die Museumsleitung soll eine vorbereitende nichtöffentliche Sondersitzung stattfinden, in der die grundlegenden Eckpunkte für die endgültige Beschlussfassung diskutiert werden.

2. DHL Kitzingen; hier: Vorstellung des Projekts durch das Unternehmen

Zwei Vertreter vom Postfrachtzentrum Kitzingen gehen anhand einer Präsentation auf die geplanten bzw. bereits teilweise durchgeführten Änderungen am Postfrachtzentrum Kitzingen ein.

Mit der Steigerung im Internethandel reichen die Kapazitäten am Hof und im Zentrum selbst nicht mehr aus, so dass die Sortiertechnik mit einem Anbau im Hof erweitert werde. Auch logistisch reiche die Kapazität nicht mehr, so dass die LKW Ein- und Ausfahrt erweitert bzw. ausgebaut werden müsse. Darüber hinaus sollten zusätzliche Abstell- und Übergabepplätze geschaffen werden.

Es wird dargestellt, dass das Paketzentrum in der Stunde bis zu 32.000 Pakete verarbeitet, täglich sind es in der Regel ca. 150.000. Der Verteilbereich bezieht sich dabei auf die Postleitzahlziffern 96 und 97.

Um die Weihnachtszeit verdoppeln sich diese Werte nahezu, so dass die Anlage mit max. 280.000 Pakete am Tag an die Grenzen stößt. Zu diesem Zeitpunkt arbeiten ca. 306 Menschen am Standort Kitzingen.

Seit 2012 baut DHL seine Zentren sukzessive um, in Kitzingen wurde Ende 2016/Anfang 2017 mit der Planung begonnen, dessen Umsetzung voraussichtlich bis Weihnachten 2018 abgeschlossen sein wird.

Oberbürgermeister Müller bedankt sich für die Informationen und freut sich, dass sich mit dem Umbau und der Vorhaltung weiterer Parkplätze die verkehrliche Situation in diesem Bereich verbessern könnte. Gleichwohl möchte er wissen, wie in Zukunft die Situation mit den Subunternehmern aussehe.

Die Vertreterin von DHL stellt dar, dass sich nun auch Subunternehmer im DHL-Gelände abstellen können, dieses Angebot jedoch oft nicht genutzt werde. Auf diese Möglichkeit weise man die Herrschaften regelmäßig hin.

Darüber hinaus bittet Oberbürgermeister Müller, dass die LKW den direkten Weg zur Autobahn wählen sollten (Auffahrt Kitzingen Schwarzach) und nicht durch das Stadtgebiet die Auffahrten (A 3 oder A 7) in Richtung Würzburg zu nehmen.

Auf die Frage von Stadtrat Freitag, wie viele LKW Bewegungen täglich auf dem Gelände passieren, wird dargestellt, dass ca. 2.000 LKW Bewegungen (1.000 rein/1.000 raus) vorliegen sowie ca. 60 kleinere Fahrzeuge bzw. die PKW's.

Stadtrat Steinruck bezieht sich auf die Parksituation von weiteren LKW in diesem sowie im umliegenden Bereich. Durch die parkenden LKW sowie den Verschmutzungen entstehen der Stadt Kitzingen erhebliche Kosten durch Bauhofsleistungen. Seiner Auffassung nach sollte man dem Einhalt gebieten.

Stadtrat Moser ergänzt, dass bei der Schaffung der Parkplätze im Firmengelände die Flächen entlang der Straße wegfallen könnten, so dass auch die Stadt Kitzingen vom Umbau einen Mehrwert erreiche.

Oberbürgermeister Müller gibt zu bedenken, dass in den benannten Bereichen nicht nur Subunternehmer von DHL stehen und verweist insbesondere auf die Nutzung als Parkplatz an den Wochenenden von sonstigen LKW aufgrund der Nähe zu BAB A 3.

Stadtplaner Fischer ergänzt, dass sich mit dem Umbau des Paketzentrums bereits eine Verbesserung für den umliegenden Bereich ergeben habe. Außerhalb des Zentrums liege die Verantwortung im Bereich der Stadt Kitzingen, so dass über manche zukünftige Anpassungen noch gesprochen werden könne.

Hinsichtlich der Verkehre verweist Stadtplaner Fischer auf das vorliegende Verkehrsgutachten, welches mit Blick auf die gestiegene Nutzung des Zentrums erstellt wurde. In allen Bereichen falle dies im Ergebnis positiv aus.

Ohne Abstimmung

Die Informationen der Vertreter von DHL werden zur Kenntnis genommen.

3. Bestellung von Herrn Michael Gut zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Repperndorf Vorlage: 2018/157

beschlossen dafür 20 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/157 wird Kenntnis genommen.
2. Herr Michael Gut, wohnhaft in 97318 Kitzingen-Repperndorf, An der Bleiche 8, wird bis zu einer regulären Wahl zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Repperndorf bestellt.

Die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen von Herrn Michael Gut, für das Amt des stellvertretenden Kommandanten, werden anerkannt.

4. Anträge von Fraktionen und Gruppen

- 4.1. Antrag der Referentin für Integration, Astrid Glos, vom 22.02.2018 und des Selam Mainfranken e.V. vom 20.02.2018**
„Unterstützung des beigefügten Antrages des neuen Vereins Selam Mainfranken e.V.;
hier: „Antrag auf Gründung eines muslimischen Friedhofes“
Vorlage: 2018/175

Stadträtin Glos geht ausführlich auf ihren Antrag auf Einrichtung eines muslimischen Friedhofes ein. Sie verweist auf die Vielzahl von Migranten aus den 60er Jahren, deren Bezug in die Heimat weniger geworden ist. Für diese Religionsgruppe sollte man die Möglichkeit schaffen, sich auf einem Friedhof in Kitzingen entsprechend ihres Glaubens bestatten zu lassen. Im Zuge der Generalsanierung des Friedhofsgeländes könnten auch die baulichen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

Rechtsdirektorin Schmöger stellt dar, dass die Verwaltung den Bedarf für einen eigenen muslimischen Friedhof nicht sehe, jedoch ein Bereich im Neuen Friedhof (angrenzende Fläche ist im städtischen Eigentum) dafür grundsätzlich vorstellbar sei. Für die Ausweisung der Fläche müsse ein separates Verfahren (nach Bestattungsgesetz und Baurecht) durchgeführt werden. Eine „reine“ muslimische Bestattung werde gleichwohl nicht möglich sein, weil die Vorgaben nach dem Bayerischen Bestattungsgesetz nicht eingehalten werden können. Es fand bereits ein Gespräch mit dem Verein Selam Mainfranken statt, die sich mit einer abgeschwächten Variante einverstanden erklären könnten. Sie kommt letztlich zum Ergebnis, dass es verschiedene Varianten gebe. Bevor die Verwaltung hieran weiterarbeite, erwarte sie sich ein Votum des Gremiums.

Bürgermeister Güntner kann sich mit der Prüfung grundsätzlich einverstanden erklären, jedoch möchte er auch den Bedarf geprüft wissen. Seiner Auffassung nach mache es keinen Sinn, Aufwendungen für ein Verfahren anzustrengen, wenn beispielsweise die Zielgruppe mit verschiedenen Kompromissen sogar auf den bestehenden Friedhöfen einer Bestattung zustimmen würden.

Rechtsdirektorin Schmöger stellt dar, dass der Bedarf grundsätzlich vorhanden sei, jedoch nicht in diesem Umfang, dass ein eigener Friedhof geschaffen werde. Es gab in Kitzingen bereits Bestattungen von Muslimen, die mit den Rahmenbedingungen, die geschaffen werden konnten, einverstanden waren.

Es entsteht eine kurze Diskussion, inwiefern die Beschlussfassung nötig sei, auch mit Blick darauf, dass bei Beachtung von verschiedenen Rahmenbedingungen, Bestattung von Muslimen bereits jetzt möglich sei. Darüber hinaus wird zu bedenken gegeben, dass mit der Ausweisung eines extra Bereiches wieder ein Schritt in Richtung einer Parallelgesellschaft gemacht werde.

Stadträtin Glos stellt dar, dass es zunächst um einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung gehe, welche Möglichkeiten es gebe.

beschlossen dafür 15 dagegen 10

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/175 wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die „Einrichtung“ eines „muslimischen Friedhofes“ in den bestehenden städtischen Friedhöfen oder auf deren Erweiterungsflächen zu prüfen und diese dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen

4.2. Antrag der CSU-Fraktion vom 11.06.2018 zum Fußgänger- und Fahrradweg Talstraße - TGK
Vorlage: 2018/177

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/177 wird Kenntnis genommen.
2. Der Fußgänger- und Fahrradweg von der Talstraße entlang des Eherieder Baches bis zur TGK-Anlage an der Kaltensondheimer Straße soll ausgebaut, ertüchtigt und in einen für Fußgänger und Fahrradfahrer benutzbaren Zustand versetzt werden.
3. Die Beleuchtungsanlagen auf der Strecke sind zu überprüfen und anzupassen.

4.3. Künftiger Standort der Tourist-Information;
hier: gemeinsamer Referentenantrag vom 18.06.2018
Vorlage: 2018/179

Frau Feineis, Leiterin Tourist-Info Kitzingen geht anhand einer Präsentation ausführlich auf das Erfordernis einer modernen Touristinformation ein.

Sie verweist auf die geänderte Arbeit am Gast direkt, die bei gleichbleibender Gästeanzahl überwiegend im Backoffice passiert (40 % am Gast, 60 % im Backoffice). Darüber hinaus ist es wichtig, entsprechende Konzepte für den Tourismus auszuarbeiten, die dann von den Gästen wieder angenommen werden. Diese geänderte Funktion einer Tourist-Info bedingt eine entsprechende Gestaltung des Arbeitsplatzes, was ihrer Auffassung nach beim gegenwärtigen Standort realisiert werden könne. Sie geht auf das Gestaltungskonzept der einzelnen Stockwerke ein. Im Erdgeschoss soll ein offener Raum entstehen mit Theke bzw. einem Tisch für Beratungszwecke. Darüber hinaus sollen die wichtigsten Infos – auch mit Blick auf neue Medien – im Erdgeschoss gefunden werden können. Zur optischen Vergrößerung bzw. für eine mögliche Verköstigung sollte in Richtung des Mains ein Balkon geschaffen werden. Im 1. OG können bis zu 5 Bildschirmarbeitsplätze samt „Sozialraum“ bzw. Umkleidemöglichkeit für den „Hofrat“ Platz finden.

Im 2. OG wäre ein Versammlungs- bzw. Schulungsraum vorstellbar – auch mit entsprechenden Lagermöglichkeiten.

Aus ihrer Sicht sei der gegenwärtige Standort mit Blick auf die Lage (Eingangstor zur Stadt), die Infrastruktur (Parkplätze, Fahrradparkplätze) bzw. die räumlichen Möglichkeiten im Gebäude die ideale Lösung.

Stadtrat Herrmann als stellv. Tourismusreferent verweist auf eine Besichtigung der Tourist-Info im Jahr 2015 und den Handlungsbedarf an einer Umsetzung.

Jedoch seien alle Arbeiten auch am Dietzgebäude nötig, weshalb sich die FW-FBW für die Variante „Dietz“ ausspreche.

In der ehemaligen Tourist-Info könnte dann ein Weinlokal entstehen, was der Stadt Kitzingen dringend fehle und auch für den StadtSchoppen genutzt werden könnte. Ein Gastronom habe bereits sein Interesse bekundet.

Nachdem es sich nur um einen Prüfungsauftrag handle, bittet er um Zustimmung zum Antrag.

Bei folgender ausführlichen Diskussion gehen die Redner auf das jeweilige Für und Wider der einzelnen Standorte ein.

Die Befürworter für den bisherigen Standort verweisen auf die im Eigentum befindliche Immobilie und können die Argumente zur Lage von Frau Feineis nachvollziehen.

Beim Dietzgebäude hätte man die Ungewissheit, dass lediglich für einen Mietzeitraum umfangreiche Aufwendungen vorgenommen werden müssten, die bislang noch nicht bekannt seien. Gleiches gelte für die dann notwendigen Aufwendungen beim bisherigen Standort, der nach Wunsch der Antragsteller eine gastronomische Nutzung erfahren sollte. Teile des Stadtrates sind der Auffassung, der fachlichen Meinung der Leiterin der Tourist-Info zu folgen und den bisherigen Standort beizubehalten.

Es wird auch angesprochen, dass gleichwohl in Verhandlungen mit dem Vertreter des Dietzgebäude eingetreten werden sollte, um den Kostenrahmen für eine mögliche Nutzung – in welcher Form auch immer – eruieren zu können. Dabei wird auch angemerkt, dass eine Planung für beide Standorte sinnvoll und beim Feststehen der Kosten der Stadtrat eine entsprechende Entscheidung treffen könne.

Die Befürworter des Dietzgebäudes sprechen die deutliche Aufwertung des Marktplatzes an mit einer wesentlich verbesserten räumlichen Unterbringung. Darüber hinaus könne dann das freiwerdende Gebäude in der Schrankenstraße 1 für eine gastronomische Nutzung – insbesondere auch mit Blick auf den StadtSchoppen – erfolgen. Darüber hinaus wird zur bedenken gegeben, ob mit Blick auf den Brandschutz sowie der Barrierefreiheit, die angedachte Planung im bisherigen Standort tatsächlich umgesetzt werden könne. Dabei wird auch der vorgestellte Balkon hinsichtlich des Denkmalschutzes kritisch gesehen.

Es wird von einzelnen Stadträten der Wunsch deutlich, dass zunächst die Kosten ermittelt werden sollten, wozu anschließend eine Entscheidung getroffen werden könne.

Bauamtsleiter Graumann stellt mit Blick auf die Diskussion dar, dass er zum Kostenrahmen bei beiden Anwesen keine Aussagen treffen könne und es für beide Bereiche eine umfassende Prüfung bedürfe. Seiner Auffassung nach könne die Ziffer 3 des Beschlussentwurfs (Prüfung der Kostensituation) erst dann umgesetzt werden, wenn die Ziffer 1 und 2 tatsächlich abgearbeitet wurden. Er gibt auch insofern Recht, dass die Umsetzung des vorgestellten Konzeptes in den bisherigen Räumlichkeiten nicht einfach, jedoch auch nicht unmöglich sei.

Hinsichtlich des möglichen Balkons verweist er auf eine bereits erfolgte Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege, die die Errichtung kritisch sehen.

Der Antragssteller stimmt der Formulierung zu, dass auch die Option „Kauf“ mit dem Vertreter des Dietzgebäudes verhandelt werden dürfe.

Stadtrat Dr. Pfeifle bittet bei der Prüfung auch um Beachtung, dass sich ein privater Eigentümer bei etwaigen Umbauarbeiten nicht an die öffentlichen Ausschreibungsvorschriften halten müsse.

beschlossen dafür 18 dagegen 7

Vom Sachvortrag Nr. 2018/179 wird Kenntnis genommen.

1. Kontaktaufnahme mit Herrn Schmidt, dem Verwalter des Dietz-Gebäudes am Marktplatz, um mit ihm über die langfristige Vermietung bzw. Kauf des Gebäudes inkl. dessen Renovierung zu verhandeln. Ziel wäre ein z.B. 10 Jahres Vertrag, der die notwendige Renovierung, die über die Miete abgegolten wird, beinhaltet.
2. Kontaktaufnahme mit Herrn Strasser, dem Betreiber der Casa Conrad, welcher Interesse an einer langfristigen Miete des jetzigen Standortes der Tourist-Info hat, um dort eine Lokalität (Brückenschoppen) zu betreiben. Die Vertragslaufzeit sollte sich mit der Laufzeit unter Ziffer 1 decken.

3. Prüfung der anfallenden Kosten/ der Einnahmen zu den Ziffern 1 und 2. Gegenüberstellung der Kostendifferenz im Gegensatz zu einer aufwendigen Renovierung unter Gesichtspunkten des Denkmalschutzes des jetzigen Gebäudes der Tourist-Info.
4. Die Ziffer 3 des Beschlussentwurfes wird erst dann angegangen, wenn die Ziffern 1 und 2 abgearbeitet sind.

5. Auftragsvergaben

5.1. Umbau und Erweiterung Grund- und Mittelschule Kitzingen Siedlung, 2. Bauabschnitt, Sporthalle

Hier: Auftragsvergabe nach VOB/A-EU für Abbrucharbeiten

Vorlage: 2018/165

beschlossen dafür 22 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/165 wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Abbrucharbeiten an der Grund- und Mittelschule Siedlung, 2. Bauabschnitt, Sporthalle, wird an die Firma Beuschlein Entsorgungsfachbetrieb GmbH in Würzburg vergeben.
Die geprüfte Angebotssumme beträgt 91.998,58 € brutto.

6. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 05.07.2018.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

7. Sonstiges

7.1. Sachstandsanfrage von Stadtrat Christof Bahnhof Kitzingen

Stadtrat Christof erkundigt sich nach dem gegenwärtigen Sachstand zum Verkauf des Bahnhofes.

Oberbürgermeister Müller erklärt, die Stadt Kitzingen habe der Bahn mitgeteilt, dass sie vom Erwerb Abstand nehmen möchte. Seitdem habe die Verwaltung keine weiteren Informationen von der Bahn erhalten. Diese nehme offenbar die Verhandlungen mit dem weiteren Interessenten auf.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:11 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt